



INTERVIEW

„Es bleibt noch einiges zu tun“

Der nordrhein-westfälische Handwerkspräsident, Andreas Ehlert, analysiert die aktuellen Rahmenbedingungen für den Mittelstand in NRW und gibt der künftigen Landesregierung Handlungsempfehlungen an die Hand.

MELDUNGEN

Augenoptikerhandwerk Theorienachhilfe wird weitergeführt

Im vergangenen Jahr hatten die Augenoptikerinnungen in NRW Auszubildenden mit Lerndefiziten theoretischen Nachhilfeunterricht als digitales Lernangebot ermöglicht. Das Angebot wurde gut angenommen, und es besteht weiterhin Bedarf. Deswegen bieten die Innungen auch weiterhin den digitalen Nachhilfeunterricht an. Durch die wegen der Corona-Pandemie besondere Situation in den Betrieben und verkürzte Lehrgänge im Rahmen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung hatten viele Azubis größere Sorgen mit Blick auf ihre Prüfungen. Die Innungen in Nordrhein-Westfalen reagierten mit dem besonderen Angebot zur theoretischen Prüfungsvorbereitung. Für die Prüflinge in diesem Jahr wurde das Angebot jetzt erneuert. Die Anzahl der Teilnehmer hat sich im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 Prozent erhöht. Das zeige immer noch bestehenden Bedarf, so der Augenoptiker- und Optometristenverband NRW. Das Angebot richtet sich inhaltlich speziell an die Teilnehmer der GP2 sowie der GP1. „Letztes Jahr waren es um die 130 Teilnehmer, dieses Jahr über 160. Dank meines Netzwerkes und der Bereitschaft der Meisterschüler konnten wir die kleine Gruppengröße beibehalten und schulen jetzt an sieben Tagen der Woche“, erklärt Fritz Paßmann. Er war an der Konzeption des Lernangebots beteiligt.

aov-nrw.de

Corona-Hilfen Mehr Zeit für die Rückzahlung



Im Frühjahr 2020, zum Beginn der Corona-Pandemie, bekamen Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinbetriebe bis zu 9.000 Euro Zuschuss vom Staat, die sogenannte Corona-Soforthilfe. Weil die Pandemie die Wirtschaft immer noch schwächt, bekommen die Unternehmen jetzt mehr Zeit für Rückzahlung von zu viel gezahlten Beträgen. Die Landesregierung von NRW hat beschlossen, die Frist von Ende Oktober 2022 auf Ende Juni 2023 zu verlängern. Rückzahlungen können bis dahin insgesamt oder in mehreren Teilen überwiesen werden. Individuelle Vereinbarungen zu Stundungen oder Ratenzahlungen müssen bis dahin nicht getroffen werden. Die NRW-Soforthilfe ist mit mehr als 430.000 bewilligten Anträgen und ausgezahlten Zuschüssen in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro das größte Hilfsprogramm der Landesgeschichte. Um den Unternehmerinnen und Unternehmern so schnell wie möglich zu helfen, wurde mit der NRW-Soforthilfe zunächst bei jedem bewilligten Antrag die maximale Fördersumme ausgezahlt. Wie hoch genau der Anspruch war, wurde später rückwirkend bestimmt. Inzwischen haben rund 119.000 Antragsteller mehr als 879 Millionen Euro zurückerstattet.



Andreas Ehlert lobt die aktuelle Landesregierung für ihre Arbeit. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern müsse NRW aber immer noch aufholen.

Schon Ende des letzten Jahres hat sich das nordrhein-westfälische Handwerk mit seinen Wahlprüfsteinen für die kommende Landtagswahl in Stellung gebracht, Andreas Ehlert, Präsident von Handwerk.NRW, bewertet die Arbeit der aktuellen Landesregierung und spricht über Maßnahmen, die die künftige Regierung aus Sicht des Handwerks zu ergreifen hat.

DHB: Herr Ehlert, Sie stellen der aktuellen Landesregierung ein ordentliches Zeugnis aus. Was hat sie aus Ihrer Sicht richtig gemacht?

Ehlert: Nordrhein-Westfalen ist unter der jetzigen Landesregierung ein gutes Stück vorangekommen. Dabei wurde an den richtigen Stellschrauben gedreht: Digitalisierung, bürokratische Entfesselung, Rekordinvestitionen in die Infrastruktur und die Stärkung der beruflichen Bildung. Hier sind vor allem die Einführung des landesweiten Azubi-Tickets und die zuletzt angekündigte Aufstockung der Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung hervorzuheben. Das waren wichtige Signale in Richtung Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Auf der Habenseite steht zudem die Umsetzung der allermeisten Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zur Zukunft des Handwerks – von der Erhöhung der Meistergründungsprämie bis zur Eröffnung des digitalen Gewerbeamts.

DHB: Das nordrhein-westfälische Handwerk betont, dass NRW im Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht zu stark abfallen dürfe. An welcher Stelle sehen Sie das Land aktuell?

Ehlert: Bei wichtigen Parametern wie Wirtschaftswachstum, öffentliche Investitionen oder Bildung lag Nordrhein-Westfalen viele Jahre im Ländervergleich nur im unteren Mittelfeld. In den letzten Jahren hat unser Land aber an Boden gutgemacht. Insgesamt erkennen wir wieder mehr politischen Willen, vorne mitzuspielen und die Zukunft anzupacken. Genau diesen Weg müssen wir jetzt konsequent weitergehen. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Bundesland muss NRW den Anspruch haben, zur Spitzengruppe der Länder zu gehören.

DHB: In welchen Bereichen muss es die Aufgabe einer neuen Landesregierung sein, Boden gutzumachen?

Ehlert: Für die künftige Landesregierung bleibt noch einiges zu tun, um Nordrhein-Westfalen als Wirtschafts- und Bildungsstandort weiter nach vorne zu bringen. Dazu gehören steuerliche Entlastungen – etwa bei der Grunderwerbsteuer – und eine systematische Fortführung des Bürokratieabbaus. Konkreter Handlungsbedarf besteht hier aus meiner Sicht bei der Grundsteuer. Durch die Übernahme des komplizierten Bundesmodells mit eingebauter Steuerprogression galoppiert da ein echtes Bürokratiemonster auf alle Eigentümer zu. Es ist noch nicht zu spät, sich wie andere Bundesländer für ein einfacheres und transparenteres Modell zu entscheiden. Zudem brauchen wir eine konsequente Qualitätsstrategie im Bildungswesen. Nordrhein-Westfalen hat im Bundesländervergleich seit Langem Defizite wegen schlechter Betreuungsrelationen, auffälliger Kompetenzdefizite bei den Schülern und niedriger Bildungsausgaben. Auch da gilt: Unser Bundesland kann mehr!

DHB: Nachhaltigkeit, Bildung, Wachstum. Unter dieser Überschrift stehen die Forderungen des Handwerks für die kommende Wahlperiode. Warum ist gerade dieser Dreiklang wichtig für die Betriebe und das Land?

Ehlert: Nachhaltigkeit ist ein umfassender Anspruch an unsere Wirtschafts- und Lebensweise. Als Handwerk leisten wir dazu bei der Gebäudesanierung, bei der Energietechnik, in der Mobilität, bei Gesundheit und Ernährung oder bei Produkten und Dienstleistungen des privaten Bedarfs täglich einen ganz konkreten Beitrag. Aus dieser Erfahrung heraus formulieren wir unsere Erwartungen an die künftige Landespolitik. Wir sind der Auffassung, dass sich die besten technologischen Lösungen im Wettbewerb herausbilden müssen, ohne Vorgaben aus der Politik, wie diese technologischen Antworten zu lauten haben. Ein konkretes Beispiel: Natürlich unterstützen wir als Handwerk den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen. Aber eine Solarpflicht für jedes private oder gewerbliche Gebäude ist der falsche Weg und

würde zu ineffizienten Investitionen führen. Und wenn Politik den Unternehmen mehr Nachhaltigkeit aberlangt, darf sie selbst nicht hektisch fördern, priorisieren und umdirigieren. Hier gab es in der Vergangenheit viel zu viel Durcheinander und Widersprüchlichkeit. Wichtig ist, dass der Staat verlässliche Rahmenbedingungen für eine quirlige Innovationskultur setzt und die Auswahl der Technologien nicht einschränkt. Denn Innovation fängt da an, wo die Fantasie der Politik aufhört.

Wachstum haben wir betont, weil nur eine starke Wirtschaft erfolgreich im Klimaschutz sein und den Menschen Lebensperspektiven geben kann. Die beste Sozialpolitik ist eine Politik, die es der Wirtschaft ermöglicht, innovativ zu sein und Arbeitsplätze zu schaffen.

Und zuletzt steht Bildung bei uns ganz vorne, weil gut ausgebildete Fachkräfte die Grundlage für die Erreichung wirtschaftlicher und klimapolitischer Ziele sind. Was nützen uns all die Klimanetzerker und Umweltpädagogen, wenn es am Ende an Handwerkern fehlt, die Heizungsanlagen erneuern oder Dächer sanieren? Wir brauchen weniger Mundwerker und mehr Handwerker. Die bekommen wir nur mit einer noch wesentlich umfassenderen Wertschätzung und Stärkung der beruflichen Bildung.

DHB: Welche Rolle spielt das Handwerk bei der Bewältigung dieser Herausforderungen?

Ehlert: Mehr Klimaschutz erreichen wir in Nordrhein-Westfalen nicht durch einen Wettlauf um immer ambitioniertere Obergrenzen des CO₂-Ausstoßes, sondern durch die erfolgreiche Umsetzung konkreter Maßnahmen. Das geht nur mit dem Handwerk, das dafür die technischen Kompetenzen mitbringt und innovative Lösungen im Markt umsetzen kann.

Auch für die Zukunft der beruflichen Bildung ist das Handwerk als einer der größten Ausbilder in Nordrhein-Westfalen ein unerlässlicher Partner. Jedes Jahr starten etwa 30.000 junge Menschen in einem unserer 130 Handwerksberufe in ihre berufliche Zukunft.

DHB: Welche Rahmenbedingungen brauchen die in erster Linie mittelständischen

Betriebe des Handwerks, um wettbewerbsfähig und innovativ bleiben zu können?

Ehlert: Über die Steuerlast, Fachkräftesicherung und bürokratische Hürden habe ich bereits gesprochen. Eine weitere besonders wirksame Vorkehrung gegen eine administrative Überforderung des Mittelstands wäre die Ausweitung der Kompetenz der Clearingstelle Mittelstand durch ein Initiativrecht bei der Überprüfung von bereits bestehenden Gesetzen, Verordnungen und Erlassen. Damit würde Nordrhein-Westfalen neue Maßstäbe in der Mittelstandspolitik setzen.

Außerdem brauchen wir eine striktere Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen. Für uns ist klar: Die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Tochtergesellschaften muss dort ihre Grenze finden, wo sie die Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiative behindert und in Konkurrenz zu Unternehmen des Handwerks tritt.

Mit großer Sorge sehe ich auch die zukünftige Entwicklung der Sozialabgaben und damit die Kostenbelastung der personalintensiven Betriebe des Handwerks. Es ist unbegreiflich, dass die neue Bundesregierung kein tragfähiges Konzept zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherung vorgelegt hat. Ein Anstieg der Beiträge über die 40-Prozent-Marke ist damit vorprogrammiert. Jeder Euro mehr bei den Sozialabgaben erhöht aber die Kosten für unsere Betriebe und verringert den Nettolohn der Beschäftigten. Hier braucht es dringend nachhaltige Reformen.

DHB: Welche Akzente kann und sollte Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die Bundes- und Europapolitik setzen?

Ehlert: Nordrhein-Westfalen muss als großer Standort für Industrie und Mittelstand die Stimme wirtschaftlicher Vernunft in Berlin und Brüssel sein. Es muss eigene Reformimpulse setzen und bei allen Vorlagen darauf achten, ob die Folgen für kleine und mittlere Unternehmen konsequent mitgedacht wurden. Gerade in der Europapolitik muss das sehr frühzeitig passieren, denn oft ist das Kind längst in den Brunnen gefallen, wenn in der Kommission oder im Parlament die Dinge offiziell spruchreif werden.

DIE FRAGEN STELLTE LARS OTTEN.